

Herborner Tageblatt.



Herborner Anzeiger.

Amtsblatt der Stadt Herborn.

Herborner Zeitung.

Erscheint an jedem Werktag.
Bezugspreis: Vierteljährlich 4.50 Mk. ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag:
J. W. Beck'sche Buch- und Kunstdruckerei, Herborn.

Inserate: Kleine Beitzelle 30 Pfg.
Fernruf 20. — Postcheckkonto: Frankfurt/M. No. 17518.

Nr. 34.

Herborn, Dienstag, den 10. Februar 1920.

77. Jahrgang.

Kleines — und Großes.

In Nichts versinkt vor der neuesten Schmach, die uns angefallen ist, alles, was gestern noch in Nord und Süd, in Stadt und Land die deutschen Seelen erhitzte. Der Prozeß Erzberger-Beislerich — was kann er uns heute noch sein? Mit leidenschaftlichem Eifer wurden die Verhandlungsberichte verschlungen, als könnte von dem Urteilspruch, der hier gefällt werden soll, Sein oder Nichtsein des deutschen Reiches abhängen. Aber ob nicht auch diese beiden Männer, die sich tödlichen Hasses voll vor den Schranken des Gerichts gegenüberstehen, sich jetzt die Hände reichen könnten im Angesicht des furchtbaren Schicksals, von dem wir alle aufs neue bedroht werden? Ob sie nicht wenigstens zu einer Vertagung ihres Streites zu bewegen wären, bis wir wissen können, ob wir morgen noch zu leben vermögen? Oder die Sorge um das tägliche Brot, die uns durch die abermalige Verzögerung der Nahrung, durch die immer auf denselben Nöten verharrenden Erörterungen über die Aufhebung der Zwangswirtschaft aufs neue nahegelegt wird, hat sie nicht mit einem Schläge alle ihre Schrecken verloren, seitdem wir schauernd erfahren haben, was uns von der Entente wieder einmal zugemutet wird? Selbst die Steuerschmerzen, die jetzt mit jedem Tage drückender unsernbeutel zu würgen beginnen, der Kummer um das Räuberanwesen, um den Verfall der Sitten, um das immer noch wachsende Schleicher- und Schieberwesen, dem mit allen staatlichen und gesellschaftlichen Mitteln nicht beigekommen ist, alles das verblaßt vor dem niederdrückenden Schreckgespenst, das plötzlich, zum Greifen faßbar, vor unsern Augen hingestellt wurde. Die Auslieferungsgelüste mit ihren 800 bis 900 deutschen Namen — es ist der Entente gelungen, in ihr den ganzen Jammer unserer Lage so eindringlich zu verfortpflanzeln, daß auch der schlaueste Menschenverstand, der abgegründelt, nur seinen persönlichen Interessen lebende Zeitgenossen an diesem Dokument der Schande nicht unbewegt vorübergehen kann. Hier schwinden alle Gegenläufe.

Aber seien wir uns von vornherein nur darüber völlig im klaren: mit großen Worten ist diesmal gar nichts getan. Sie könnten lächerlich wirken, wenn man an frühere Erlebnisse zurückdenkt, da ganz Deutschland zunächst auch aufzukommen schien wie eine Pulvertonne, um bald darauf, kaum daß Marschall Foch mit dem Säbel zu ruffeln begann, wie ein Mehlfeuerwerk wieder in sich zusammenzusinken. Es wird auch diesmal mit dem Säbel gestraft werden, das unterlegt nicht dem mindesten Zweifel. Auf diesem Wege glaubt die Entente alles, auch die schlimmste Summation von uns erreichen zu können. Aber diesmal könnte weder die Regierung noch die Nationalversammlung ihr zu Willen sein. Geht es den Fall, sie beugen sich auch vor Herrn Millerand wie vor Herrn Clemenceau ein- und das andere mal — heute handelt es sich nicht um die Leistung einer Unterschrift; die würde schon gegeben, als man gar nicht anders konnte. Heute müßte das deutsche Volk in seinen lebendigsten Teilen, seinem Beamtentum, seinen militärischen und politischen Vollzugsorganen, müßte die Reichs- und die Sicherheitswehr sich bereit finden, Bütteldienste für unerfülllichen Nachdruck zu leisten, Hand anzulegen an hunderte seiner Söhne — tausendmal könnten Befehle dazu gegeben werden, kein Finger würde sich rühren, um zu gehorchen. Und wenn auch schon Herr Adolf Hoffmann mit seinen unabhängigen Getreuen wieder alle Mühe aufwendet, um dem Auslande nur nicht das Schauspiel deutscher Feigheit zu bieten, dieser Mühe wird diesmal ganz umsonst sein: auch sein Unabhängigkeit wird sich finden, der hier der Entente einen Dienst zu erweisen vermöchte. Und auch keine unabhängige Regierung vermag diese Kaskade für unsere Feinde aus dem Feuer zu holen; im Gegenteil. Die Partei hätte dann unweigerlich für alle Zeiten ausgespielt.

Das allerdings wissen wir natürlich: die Entente vermag über Mittel, unseren Widerstand auf eine schwere Probe zu stellen. Sie kann die Gefangenentransporte einstellen — das ist ihr ohne weiteres zuzutrauen. Sie kann einmarschieren und sich aus unserer Mitte Weiseln holen, ganz nach Wahl, ganz nach Belieben. Sie kann das, und sie kann noch manches andere. Aber einen Bürgerkrieg wegen dieser Frage zwischen unseren eigenen Volksgenossen entstehen, das kann sie nicht. In der Ablehnung der unerhörten Forderungen steht das ganze Volk geschlossen hinter seiner Regierung.

Dr. Sy.

Die Auslieferung.

Die Beurteilung in Paris.

Paris, 8. Febr. Nach dem „Matin“ sind die Alliierten bezüglich der Haltung im Falle einer Weigerung Deutschlands verschiedener Meinung. Das Blatt sagt, es wäre gefährlich, was zu vermeintlichen, weil die Lektüre der englischen Presse nach dieser Richtung lehrreich sei. Das „Journal“ sagt: Die Entschlossenheit Millerands hat den nicht wieder gut zu machenden Fehler, der ein Zurückweichen vor dem einfach angehängten Widerstand gewesen wäre, vermieden. Das ist ein bedeutendes Ergebnis, denn eine Kapitulation dieser Art hätte den Vertrag glatt vernichtet. Das „Echo de Paris“ stellt noch einmal fest, daß alle Klauseln betreffend den Kaiser und die schuldigen Deutschen von Lloyd George kommen, und fragt warum Lloyd George heute sein Werk verleugnet. Man erzählt, daß die Namen der Schuldigen ihm nicht mitgeteilt worden seien. Lloyd George sei es auch gewesen, der als großer Wahlverluste es für angezeigt gehalten habe, zu schreiben: „Wilt ihr den Kaiser an den Galgen und die deutschen Börsen geleert bis zum letzten Sou?“ Heute sage sich die patriotische Kundtschaft von ihm los und er suche sich eine andere. Wenn Deutsch-

land nicht erfüllen könne oder wolle, was es versprochen habe, dann müsse man eine Kompensation verlangen.

Paris, 8. Febr. Das „Journal des Debats“ schreibt, daß es möglich sei, daß im Laufe dieser Woche anlässlich der Zusammenkunft der alliierten Ministerpräsidenten und Minister für auswärtige Angelegenheiten in London die Auslieferungsgelüste aufs neue diskutiert werde. Es könne sich jedoch nur um Entscheidungen handeln, die die Alliierten aus eigener Initiative treffen würden. Deutschland werde nicht zur Diskussion zugelassen werden. Was immer man auch machen möge, es hätte nur auszuführen, was man beschließen würde.

Der „Temps“ erklärt, man habe in Paris keine Bestätigung der Nachricht erhalten, daß Italien intervenieren werde, um die Auslieferungsgelüste zu lösen.

Die Auslieferungsgelüste.

Berlin, 9. Febr. Die Auslieferungsgelüste beginnt, wie die „Neue W. Z.“ berichtet, mit dem Auslieferungsgelüste der Engländer, die in knappen Worten die Auslieferungsgelüste angeben. Die Franzosen fügen dagegen ein umfangreiches Beweismaterial bei, bestehend aus Aussagen von Kriegsgefangenen, aufgefundenen Befehlen und Soldatenbriefen, sowie andere Zeugenaussagen. Die Franzosen machen für alle angebliden Verbrechen die Leitung der deutschen Armee verantwortlich. So wird gegen Hindenburg u. a. eine Unterredung vorgebracht, die er im November 1914 einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes“ gewährte. Gegen Ludendorff wird auf einen Armeebefehl hingewiesen, wonach die französischen Bewohner der besetzten Gebiete in weitgehendem Maße zur Arbeit herangezogen werden müssen. Sehr umfangreich gestaltet sich das Material gegen den ehemaligen deutschen und den bayerischen Kronprinzen. Der Großherzog von Hessen wird wegen Plünderung eines Schlosses angeklagt. Trotz nicht wegen des uneingeschränkten U-Bootkrieges auf der Mittel, Generalfeldmarschall von Kluck wird wegen zahlreicher Hinrichtungen verantwortlich gemacht.

Berlin, 9. Febr. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten hat heute nachmittag unter Beteiligung der Regierung über das Auslieferungsgelüste der Entente verhandelt. Seine Beratungen sind vertraulich, aber soviel man hört, hat ebenso wie bei den Besprechungen der Fraktionsvorsitzende weitgehende Übereinstimmung dahin geäußert, daß eine Auslieferung deutscher Reichsangehöriger an einen Gerichtshof der Entente nicht nur der Gerechtigkeit widerspricht, sondern auch tatsächlich unerfüllbar ist. Diefelbe Auffassung kam auch in der sozialdemokratischen Fraktion zum Ausdruck, die heute vormittag getagt hat, und die die Haltung der Regierung billigt. Weitere Beschlüsse der Reichsregierung dürften erst gefaßt werden, nachdem die Antwort der Alliierten auf unsere Gegenanträge vom 25. Januar hier eingetroffen sein wird.

Eine Anekdote des früheren Großherzogs von Hessen.

Berlin, 8. Febr. Der frühere Großherzog von Hessen erklärt in seinem Antwortschreiben an den Vorsitzenden des Hessischen Landesverbandes der Deutschen Volkspartei u. a.: „Unsere Gegner wollen das deutsche Volk, nachdem sie es dem materiellen Ruin nahegebracht haben, auch für alle Zeit vor aller Welt in nie wieder gut zu machender Weise an seiner Ehre krank und verächtlich machen. Aber das wird nie geschehen. Sie wollen das Böse und wirken für das Gute. Sie rütteln die deutsche Seele auf und bringen uns alle zum starken Gefühl der Einheit als Kinder des deutschen Volkes, das nun für sein kostbarstes Gut, seine Ehre, kämpfen und wenn nötig leiden muß.“

Berliner Pressestimmen.

In der Berliner Morgenpresse wird der Wortlaut der Noten ruhig beurteilt, jedoch vor einer zu optimistischen Auffassung gewarnt. Zweifelloser seien innerhalb der Entente Meinungsverschiedenheiten vorhanden, und man werde sich hoffentlich auch bei unseren Gegnern allmählich klar über die Schwierigkeiten der Durchführung des Auslieferungsgelüsten werden. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ beschäftigt sich ein Diplomat mit der Auslieferungsgelüste; seine Vorlesungen, die nicht ohne Fühlung mit der Reichsregierung entstanden sein dürften, gipfeln in folgenden praktischen Erwägungen:

„Auf der Rechten hauptsächlich heißt es: Festigkeit, kein Umfallen! Aber in was Festigkeit? Ein etwaiger Wille, auszuliefern oder nicht auszuliefern, kommt gar nicht in Betracht. Eine Weigerung, irgend einen Vertragsparagrafen auszuführen, ist ausgeschlossen. Zum Verharren in der Erkenntnis, daß die Auslieferung unmöglich ist, bedarf es keiner Festigkeit. Hier sind die Verhältnisse fest, die Anschauungen mögen sein wie sie wollen. Wer also nach Festigkeit schreit, kann höchstens den Eindruck erwecken, als halte er die Durchführung der Auslieferung nicht für so unmöglich und als könne sie doch bewerkstelligt werden, wenn die Regierung am Ende wolle. Gerade die Rechte wird sich nicht wünschen, einen solchen grundfallsigen Eindruck zu erwecken, dann aber ist ihre Betonung von Festigkeit unmöglich und unrichtig. In einem allerdings muß die Regierung festbleiben und dazu muß sie das Volk überzeugen: In ihren Vorschlägen vom 25. Januar, in denen der Weg zu einer Lösung der Auslieferungskrisis gewiesen ist. Jeder einzelne Deutsche mag und soll die Auslieferung als schmachvoll empfinden und das Verlangen nach offenkundig Unschuldigen wie Politikern und Heerführern mit Entlastung von sich weisen. Die Regierung darf keinen Augenblick die Erfüllung des

§ 228 vergessen und muß angesichts der empfindenden Liste auf ihrem stets vertretenen Standpunkt bleiben: Nicht Verleugnung, nicht Abänderung, sondern No. 11 a. von des Friedensvertrages. Jede andere Haltung müßte jeden der Ententestaaten zum Verfechter auch des § 228 machen; dem Vertragsbruch und Erfüllungsgelüste müßten jeden besorgt für die Erfüllung anderer Paragrafen, an denen er besonders interessiert ist, machen. Wir stehen erst am Anfang der Auseinandersetzung. Die Liste hat noch einmal den ganzen Abgrund des Kriegshasses aufgerissen. Die begleitenden Briefe haben gewisse Bedenken innerhalb der Entente entstehen lassen; unsere Note und die in ihr enthaltenen Vorschläge weisen über das und Schwierigkeiten den Weg in eine Friedensatmosphäre, in der ein Rechtspruch erwartet werden kann.

Keine Einberufung der Nationalversammlung.

Berlin, 9. Febr. Nach der neueren Entwicklung der Dinge und nachdem die Aussicht besteht, zu Verhandlungen mit der Entente über die Auslieferungsgelüste zu gelangen, dürfte die Nationalversammlung vorerst nicht einberufen werden.

Preuß. Landesversammlung verlag.

(11. Sitzung.) 6. Berlin, 6. Februar.

Der Astenrat der Landesversammlung beschloß, daß die Vienaftigungen heute bis zum 18. Februar verlag werden, da die Landesversammlung nicht die Aufgabe haben kann, auf die Dauer das Parlament des Reiches in wichtigen politischen Fragen, wie in der Auslieferungsgelüste, zu vertreten.

Zu Beginn der heutigen Sitzung teilte Präsident Behmert mit, daß der Abg. Eugen Sellin (Soz.) auf der Reite von Danzig nach Berlin zu Eisenbahnzuge einem Herzschlage erlegen ist. Sodann begründete der Abg. Graf Rantz (Dtsch. Nat. Vp.), die von seiner Fraktion und den Sozialdemokraten gemeinsam eingebrachte fämliche Anfrage über die Behinderung des

Eisenbahnverkehr von Ostpreußen nach dem Reich.

durch die Schikanen der Polen. Begründet werden die Anfragen durch die Abgg. Graf v. Rantz und Frau Jaquet (Soz.).

Eisenbahnminister Defer fährt aus, die Regierung habe bereits getan, was sie konnte. Es seien Kommissare nach Danzig entsandt und die Verhandlungen schweben noch. Die Verhältnisse hätten sich bereits gebessert. Der Güterverkehr ist grundsätzlich aufgenommen. Im Verlonortrecht stehen Erleichterungen bevor. Am 17. Januar wurde mit den Polen ein Vorabkommen geschlossen. Die Polen geben allerdings bei ihrer Güter- und Passkontrolle überaus rigoros vor, was durch den Friedensvertrag nicht gerechtfertigt ist. Das Auswärtige Amt hat sich bemüht, eine Rücknahme der Bestimmungen zu erzielen. Bisher ist aber eine Antwort von Warschau noch nicht eingetroffen. Es sind deshalb Gegenmaßnahmen eingeleitet, und es trägt sich, ob die deutsche Regierung Vertreter nach Paris senden kann, um dort weiter mit den Polen zu verhandeln. Der Seeverkehr ist eingerichtet, um die Verbindung mit Ostpreußen aufrechtzuerhalten und es gegebenenfalls mit Kohlen zu versehen.

Unterstaatssekretär Göhre bestätigt ebenfalls, daß es sich um offenkundige Vertragswidrigkeiten der Polen handle. Es werden als Repressalien erwogen: Einstellung des Verkehrs mit den Polen und die Nichterfüllung des mit ihnen geschlossenen Beamtenabkommens.

Das Haus schloß sich den Ausführungen der Regierungsvertreter im großen und ganzen an.

Die Zeugenaussagen im Prozeß Kessel.

8 Berlin, 7. Februar.

Im Melneidprozeß gegen den Hauptmann v. Kessel begann die Beweisaufnahme mit der Vernehmung des Kriegsgerichtsrates Dr. Meyer, der im Marlob-Prozeß die Untersuchung geführt hat. Der Zeuge betonte vor allem, daß v. Kessel seinerzeit die Ansicht vertrieben habe, daß der Prozeß gegen Marlob unter allen Umständen verhälet werden müsse, da andernfalls auch ein Mann wie Oberst Reinhard mit hineingerissen werden würde. Ganz entschieden wandte sich Dr. Meyer gegen die von dem Angeklagten vorgebrachte Behauptung, daß er als Untersuchungsrichter im Marlob-Prozeß sich Willkürlichkeiten habe zuschulden kommen lassen. Es sei wohl möglich, daß er einmal geduldet habe, er wäre froh, wenn er mit der ganzen Sache nichts zu schaffen hätte, aber seine Pflicht habe er in vollem Umfange getan, und der ungeliebte Prozeß habe ihn darauf gezwungen, daß er jetzt ein kranker Mann sei. Nach höherer Dienst seien etwas von Marlobs Flucht gewußt hätten, hätte er für völlig ausgeschlossen; er habe auch nicht den Eindruck gehabt, daß Marlob geistig nicht ganz gesund gewesen sei.

Vernehmung des Pfarrers Rump.

Als zweiter Zeuge trat der Pfarrer Rump vor die Schranken, der Mann, dessen Aussagen im Marlob-Prozeß berechtigtes Aufsehen erregt und den Stein ins Rollen gebracht haben, so daß der letzte Prozeß im Grunde auf seiner Aussagen basiert. Der Pfarrer erklärte mit trauerndem Stimme, daß es ihm als einem deutschnationalen Mann schwer werde, gegen einen ehemaligen preußischen Gardeoffizier auszusagen zu müssen, aber der Angeklagte habe ihn allen schmähtlich hintergangen, als daß er ihn schonen könnte. Der Vorsitzende des Gerichtshofes machte den Zeugen darauf aufmerksam, daß er vielleicht von dem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch machen könnte, wenn er sich selbst nicht ganz frei von Mitschuld fühle, eine Anspielung darauf, daß dem Pfarrer Rump im Marlob-Prozeß der Vorwurf gemacht wurde, daß er selbst nicht ganz korrekt gehandelt und das Versteckspiel um und mit Marlob vielfach begünstigt habe. Der Zeuge erwiderte jedoch, daß er auslagen wolle, da er sich nichts vorzumerken habe. Er schloß seine Aussagen mit dem Hinweis, daß er sich nicht ganz vollständig mit seinen Bekundungen im Marlob-Prozeß — alle Vorgänge, die sich vor und nach der Flucht Marlobs abgespielt haben, und belastet durch seine Aussagen den Angeklagten auf schwerste. Er wies hauptsächlich darauf hin, daß die angeblichen Aussagen, die er v. Kessel über

Marlods Weitezustand gemacht haben sollte, von ihm nie gemacht worden sein; der Angeklagte habe sie sich einfach aus den Fingern gelogen. Bei seinen Aussagen verhalte der Zeuge auch, als er von dem Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Alberg, dem im Erzbischoflichen Hofgericht als Verteidiger wirkt, in ein scharfes Kreuz verurteilt worden sei. Dabei kam es zu einem scharfen Zusammenstoß mit dem Verteidiger Dr. Alberg, als Kump von der Verlobung seiner Tochter mit Oberleutnant Marlod sprach, erwidert, wie schwer ihm alles geworden sei und meinte, das würden ihm alle anständigen Menschen glauben. Er habe schließlich die Herren Verteidiger, Dr. Alberg verweigert sich entschieden gegen das Unrecht, was sich bei Zeuge erlaube.

Die Duellforderung und Marlods Flucht.
Während der Verhandlungen muß der Angeklagte v. Kessel auf Verlangen des Vorsitzenden den Säbel ablegen und es entwickelte sich eine Unterhaltung darüber, ob der Zeuge Kump die Vermittlung des Angeklagten in Anspruch genommen habe, um das Eiserne Kreuz zu erlangen. Das Kump, wie er selbst sagt, gern gehabt hätte. Zeuge Kump sagt bei Besprechung der Duellforderung v. Kessels an ihn er habe nicht vor Kessel ausgesprochen.

Schließlich wird der hiesige Oberleutnant Marlod vernommen. Er sagt aus, seit Mitte Mai sei er v. Kessel aus Flucht gedrängt worden. Kump habe vorgeschlagen ihn ins Irrenhaus zu bringen. Er habe aber die Flucht nicht mitmachen wollen. Als habe er selbst an Flucht gedacht er habe nur dem Drängen durch Kessel und Hoffmann nachgeben, als er abreiste.

General v. Oden, als Zeuge vernommen, weiß nicht davon, das höhere Dienststellen des Angeklagten bei seinen Bemühungen um die Flucht Marlods unterrichtet hätten.

Der Angeklagte v. Kessel bittet nun darum, Hauptmann Bapst vernehmen zu lassen, der ihm gesagt habe, das Reichswehrminister Koller die Flucht wünsche.

Nach Schluß der Beweisaufnahme sollen Montag bis Mittwoch hantieren, für Dienstag erwartet man das Urteil.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

+ Bayerns trostlose Finanzlage. Der neue bayerische Finanzminister Koller gab im Landtag einen Überblick über die Finanzlage. Er leitete seine Darstellungen mit der Versicherung ein, daß er mit Entschiedenheit allen Bestrebungen, das bayerische Staatsvermögen zugunsten des Reiches weiter zu schmälern, entgegenzutreten werde. Nach seinen Darstellungen weist der bayerische Staatshaushalt für 1919 mit Überschuldung des Defizits bei Post und Telegraphen einen Gesamtdesizit von rund einer Milliarde auf. Die schwebende Schuld betrug am 28. Januar 642 763 000 Mk. Mit Nachdruck wandte sich der Minister gegen die Absicht, die in Berlin bestehen soll, auch das staatliche Rechnungswesen zu zentralisieren. Er könne keine Notwendigkeit sehen, auch hier zu zentralisieren. Den unerlösten Bestrebungen nach Untertaxierung, auch dort, wo eine innere Berechtigung nicht gegeben ist, sollte endlich einmal ein Ziel gesetzt werden. Die Finanzlage sei eine traurige, doch nicht zum Verzweifeln.

+ Englands Position in Danzig. Von offizieller englischer Seite ist kürzlich den Danziger zuständigen Stellen ein Brief gegeben worden, vorläufig nicht mit Polen zu unterhandeln, sondern zu warten, bis Sir Reginald Loner und die Engländer dort wären. England werde Danzig kommerziell fest in der Hand zu halten suchen; es brauche einen von den Nachbarn möglichst unabhängigen Freistaat, als dessen Beschützer es dann auftreten könne und werde.

Bulgarien.

*** Massenverhaftungen von Kommunisten.** Die Verhaftung von Kommunisten in Bulgarien dauert fort. In Sofia wurden 230, in Philippopol 350 und in Plewna 204 Eisenbahner verhaftet. Aus einem von den Behörden beschlagnahmten Dokument geht hervor, daß die Bolschewisten auf den 1. Mai einen Staatsstreich planten zum Zwecke der Umwandlung des Regimes.

Polen.

*** Direkte Verhandlungen zwischen Warschau und Moskau.** Der polnische Minister des Äußern Palet hat den Vertretern der Warschauer Presse hinsichtlich der Stellungnahme der Entente zum Kriege im Osten erklärt, daß Frankreich für weitere Kriegführung, England dagegen für Friedensschluß mit Sowjetrußland sei. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde es schon in kürzester Zeit zu direkten Verhandlungen zwischen Warschau und Moskau kommen. Vorher müsse die polnische Regierung nochmals mit der Entente ins Einvernehmen treten.

Bom Tage.

Berlin, 10. Febr. Die Grenzspende für die Ernüchterung der Grenzspende abstimmsberechtigter Deutscher in die Abstimmungsgebiete hat bisher über 2 1/2 Millionen Mark ergeben.

Köln, 9. Febr. Die Verhandlungen zwischen der Kölner Verlegergesellschaft und den Buchdruckereigehilfen wegen einer außerordentlichen neuen Lohnforderung (es handelt sich um eine Mehrforderung von 50 Mark pro Woche) haben bis zur Stunde zu einer Einigung nicht geführt. Die Buchdruckereigehilfen haben daher am 11. Uhr heute morgen die Arbeit niedergelegt, so daß die Kölner Blätter nicht mehr erscheinen können.

Die achtfünfdige Bureauezeit.

Berlin, 9. Febr. In Uebereinstimmung mit der Stellungnahme, welche der Allgemeine Deutsche Beamtenbund im Anschluß an die letzten Verhandlungen über die Bewilligung von Teuerungszulagen in einem Aufruf an die Beamtenschaft zum Ausdruck gebracht hat, hat das Reichsfinanzministerium die achtfünfdige Bureauezeit an Stelle der bis herigen siebenstündigen eingeführt. Die Beamten- und Angestelltenausschüsse des Ministeriums haben in der Erkenntnis, daß es in jetziger Zeit wichtig sei, wenn die Beamten in der Bereitwilligkeit zu Mehrleistungen mit gutem Beispiel vorangehen, ihre Zustimmung zu der Neuregelung gegeben. Der Beamtenausschuh hat hierbei beschlossen, daß er es als selbstverständlich ansieht, daß jeder Beamte, nach wie vor sich für verpflichtet hält, auch über die Bureauezeit Dienst zu tun.

Generallstreik in Solingen.

Düsseldorf, 9. Febr. In der Solinger und benachbarten Kleinfabrikindustrie ist heute morgen der erwartete Generallstreik ausgebrochen. Die Zahl der Ausständigen beträgt zunächst 40—50 000. Die Ursachen für den Streik sind darin zu suchen, daß die Fabrikanten infolge des renitenten Verhaltens der Arbeiterschaft für den 19. Februar eine allgemeine Absperrung in Aussicht gestellt hatten. Das Streikkomitee hat angeordnet, daß auch Notstandsarbeiten durch die Streikenden nicht ausgeführt werden dürfen. Eine Vermittlung der englischen Besatzungsbehörde ist bisher nicht erfolgt.

Luxemburg.

Luxemburg, 9. Febr. Durch ein Schreiben an die luxemburgische Regierung erkennt König Albert von Belgien die Großherzogin Charlotte als Großherzogin von Luxemburg an. Damit ist die Frage der Personalunion erledigt.

Anschluß der Schweiz an den Völkerbund.

Genève, 9. Febr. Die Delegiertenversammlung Schweizer Republikaner tagte am 7. und 8. Februar in Olten und sprach sich einmütig für den Eintritt der Schweiz in den Völkerbund aus.

Auflösung der Arbeiterräte in Rußland?

Berlin, 9. Febr. Das ukrainische Blatt „Wpered“ zitiert eine Mahnung des russischen Blattes „Moskowskaja Sschin“, wonach die russische Sowjetregierung die Auflösung der Arbeiterräte in ganz Rußland beschloffen hat. Die Arbeiterräte hätten sich in Rußland nicht bewährt. Hierzu bemerkt der „Vorwärts“:

„Obwohl die Mittelung, wie alle zur Zeit aus Rußland kommenden Nachrichten, mit großer Vorsicht aufzunehmen ist, kann doch nicht bestritten werden, daß die Meldung viel Wahrscheinlichkeit für sich hat. Nach der Aufhebung des Achtstundentags, nach der Befestigung der Arbeiterkontrolle in den Fabriken, nach der rückstufsten Militarisierung ganz Rußlands ist es durchaus möglich, daß die Sowjetregierung nunmehr zu dem Anschluß gelangt ist, auch die letzten Bollwerke der proletarischen Diktatur zu beseitigen. Falls die Nachricht zutrifft, so müssen auch die begeisterten Vertreter des Rätegedankens in Deutschland zugeben, daß die Diktatur der russischen Gewalthaber über das russische Volk mehr und mehr eine verzweifelte Notwendigkeit mit der Gewaltherrschaft der Machthaber des zaristischen Systems gewinnt.“

Einnahme Odessas?

Amsterdam, 9. Febr. Nach einer Reutersmeldung berichten die Bolschewisten drastisch die Einnahme Odessas.

Ein Holländer über das deutsche Wirtschaftsleben.

Ueber die Grundlage des wirtschaftlichen Wiederaufbaus sprach in Düsseldorf vor einer zahlreichen Versammlung von Kaufleuten, Industriellen und Vertretern anderer Berufe der ehemalige holländische Finanzminister Dr. van Oijen. Der Vortragende erklärte einleitend, auch für Holland drohe die Gefahr des Untergangs, wenn nicht bald eine Aenderung der Verhältnisse in Deutschland eintrete. Holland sei bedroht, wenn das große Hinterland Deutschland einem Rückgang und Verfall unterlege. Deshalb habe man in Holland das größte Interesse, daß die Ursache der Krankheit erkannt werde. Im Wirtschaftsleben sei des Pudels Kern der stoffliche Reichtum der Menschheit an Gütern. Auch heute dreht sich darum alle wirtschaftlichen Möglichkeiten. Unter Kapital werde heute vielfach etwas verstanden, was nicht Kapital sei, sondern nur Kapital vertrete. Papiere seien oft Reichtum für die Leute, die sie besitzen, aber das Kapital, um das es sich bei der Erzeugung handle, bestehe lediglich aus alten stofflichen Gütern, die die Menschheit bestimme. Wer dieses Kapital und diesen stofflichen Reichtum besitze und davon Förderung habe, sei vom Produktionsstandpunkt aus von nebensächlicher Bedeutung. Die Hauptsache sei und bleibe, wieviel davon vorhanden sei. In Gold und Silber sei im Krieg nur wenig verloren gegangen, es habe nur seinen Platz gewechselt, aber an Gütern seien unendliche Mengen verloren gegangen. In solchen Gütern hätten wir heute Mangel, die man für Geld nicht kaufen könne. Die Welt habe es jetzt an eigenen Geld erfahren müssen, daß man vom Gold allein sich nicht nähren und kleiden könne. Ein knappes Bild des Hauptteils des Vortrags dürfte folgender kurzer Gedankengang geben:

Viele meinen, die Krankheit Deutschlands liege in der Valuta und die Befundung des deutschen Wirtschaftslebens liege auch in einer Verbesserung der Valuta. Indessen ist die Valuta meines Erachtens nur der Gradmesser, der das Maß der Krankheit angibt. Man kann aber die Krankheit, das Fieber, nicht einfach dadurch heilen, daß man den Gradmesser unter den Wasserkran hält und künstlich hinuntertreibt. Wenn die Fieberung auch wohl als Symptom der Berarmung gelten kann, so zeigen Valuta und Fieberung doch ganz verschiedenes an. Die Valuta zeigt die Verarmung Deutschlands in viel stärkerem Maße an, als sie wirklich ist. Dagegen zeigt die Fieberung die Verarmung Deutschlands viel weniger an, als sie wirklich ist. Die Mitte wird wohl das Richtige sein. Gefährlich ist der jetzige Prozeß des Wirtschaftslebens, durch den Kapitalbildung verhindert wird. Man sieht nicht ein, was man tut, weil die Löhne noch eine Welle hochgehalten werden können. Dazu hat die deutsche Regierung dadurch, daß sie während des Krieges keine Steuern einforderte, sondern mit Anleihen arbeitete, beim Volk das falsche Bewußtsein herangezogen, daß eine Einschränkung nicht notwendig sei. Hätte man von Anfang an das Volk zum Sparen gezwungen, dann hätte die Volkssphäre vielleicht etwas gestritten, aber die materielle Ausdauer wäre erhöht worden. Die deutsche Masse verdient mehr als im Frieden und glaubte nun, auch mehr ausgeben zu dürfen als vor dem Kriege. Man meinte, die Fieberung sei nur vorübergehend. Einige Zehntausend wurden reicher und fühlten auch das Bedürfnis, mehr auszugeben als früher. Die Voraussetzung einer Gesundung des Wirtschaftslebens ist, daß eine allgemeine Einschränkung kommt. Diese Lage wird aber nicht allgemein erkannt. Der Krieg ist beendet, aber der weitaus größte Teil der Welt lebt nicht vernünftiger, läßt sich durch Schein trügen und verzehrt mehr als bisher. Man glaubt, daß jede Erhöhung der Produktionskosten möglich ist. Der geistige Stand der großen Massen, besonders der arbeitenden Klasse, ist der: Unterstützung, höhere Löhne und gleichzeitig weniger arbeiten! Das muß ein schlimmes Ende nehmen. Wenn nicht bald Befinnung eintritt, dann wird in allen Ländern die Nachfrage nach vielen

Rittergut Dronowo.

Ostmärkischer Roman aus der Vorkriegszeit
von Guido Kreuzer.

36. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Weinlich wohl nicht, gnädiges Fräulein. Aber ich bedauere diesen seltsamen Zufall, daß Sie gerade die Tochter jenes Mannes sind, den ich ...“

— den Sie vor wenigen Wochen aus Ihrem Hause gewiesen haben.“

„Das ist ich — allerdings, gnädiges Fräulein.“

„Da kamme in Ihren sonst so kühlen Augen lächeln Feuer auf.“

„Und Sie taten unrecht daran, Herr von Schill. Nicht weil mein Vater ein alter Mann ist, sondern weil es das einfachste Gebot der Gerechtigkeit fordert, auch den Gegner zu hören. Mein Vater aber kam zu Ihnen nicht in feindseliger Absicht, sondern um Ihnen die Hand zur Versöhnung zu reichen.“

„Hansjürgen lächelte bitter.“

„Nadmen er am Tage vorher mit seinem Baumeister im Hotel „Adler“ zu Bromberg eine Besprechung gehabt hatte, die sich natürlich nur auf den künftigen Bau seines Herrenhauses in Rogaczewo beziehen konnte.“

„Und trotzdem hatte er den Wunsch einer friedlichen Aussprache, Herr von Schill.“

„Gnädiges Fräulein — Sie werden meine Unhöflichkeit verzeihen, wenn ich Ihren Worten nicht glaube.“

„Sie sollten es dennoch tun, Herr von Schill. Ich hab' mit meinem Vater wiederholt darüber gesprochen. Ich wiederhole Ihnen nochmals — nie lag ihm etwas an einer Feindschaft, wie Sie vermuten. Ich bin sogar überzeugt — er wäre jederzeit bereit, auf den Besitz der Dronowor Vorwerke zu verzichten.“

„Ihr Begleiter machte eine so unermittelte Bewegung, daß er schwach an den Bügeln riß. Der Wallach warf den Kopf hoch, stellte unmutig die Ohren auf.“

„Gnädiges Fräulein — das ist offenbar Hohn. Denn wenn Sie mit Ihrem Vater über diese Angelegenheit gesprochen haben, so wissen Sie auch zweifelsohne, daß ich

wirtschaftlich nicht in der Lage wäre, meine drei Vorwerke zurückzukaufen.“

„Erst ruhten Ihre Augen auf seinem erregten Gesicht. Und es sollte keine andere Möglichkeit für Sie geben, Herr von Schill, Ihren Wunsch trotzdem zu erreichen?“

„Ich kenne keinen gnädiges Fräulein. Ich kenne zugrundeliegenden keinen Weg, den ich beschreiten könnte, ohne mich zu demütigen. Das ist aber nicht.“

„Und das wäre auch eine Voraussetzung, die mein Vater ebenso schroff wie Sie zurückweisen würde. Selbst heute noch, trotzdem er durch Ihre damalige Ablehnung seines Besuches aufs tiefste erbittert ist.“

„Hansjürgen hob die Hand.“

„Sien Sie bedankt für Ihre Worte, gnädiges Fräulein — hier aber gibt es keine Vermittlung und keine Kompromisse. Lassen wir das Thema fallen und beantworten Sie mir lieber eine andere Frage. Wie kommen Sie nach Rogaczewo?“

„Ich traf gestern mit meinem Vater dort ein. Wir wohnen im Lehrershaus und wollen etwa eine Woche hier bleiben.“

„Dah ist fragen, gnädiges Fräulein, zu welchem Zwecke?“

„Da wechselte Irene Kamp die Farbe. Sie wußte keine Antwort. Sie hielt die Lippen geschlossen. Sie wanderte stumm neben dem Freiherrn von Schill her.“

„Geben Sie nur getrost zu, gnädiges Fräulein, daß ich zu meinem Mißtrauen und zu meiner ablehnenden Haltung alle Veranlassung habe. Denn wenn Sie mir auch jetzt nicht antworten, ich kenne doch den Grund Ihres Hierseins und der Anwesenheit Ihres Herrn Vaters: — Es handelt sich um das Herrenhaus auf Rogaczewo. Ich aber muß mit gebundenen Händen dabei stehen. Es ist schade, gnädiges Fräulein, es tut mir leid, um eine der schönsten Erinnerungen meines Lebens: — daß ich Sie in jener Nacht in dem Bahndiensthauschen kennen lernen mußte und daß ich Sie seitdem nicht wieder vergessen habe und oft — immer dann wenn die Sorgen über mich behelien — unwillkürlich an Sie zurückdenke ... Sie aber sind die Tochter des Kommerzienrats Kamp.“

„Sie standen jetzt zwischen den letzten Bäumen der Waldkennung. Sie verhielten noch einmal den Schritt. Sie haben

sich noch einmal an Und Hansjürgen von Schill wußte, daß er — was auch ihm noch beklüden sein möchte — die Sekunde, da über die ersten schönen Augen seiner Begleiterin ein feuchter Schleier lag, nie mehr vergessen würde.“

„Leben Sie wohl, Herr von Schill.“

„Und dann war alles vorüber. Sie hatte sich abgewandt und schritt langsam den Feldweg entlang.“

„Hansjürgen sah ihr nach, minutenlang.“

„Bis er sich müde abwandte, dem Pferd wieder die Zügel überwarf, in den Sattel stieg und zurückritt.“

„Zu neuer Arbeit, neuem Kampf: zu neuen Hoffnungen, Möglichkeiten.“

„Und die junge Irene Kamp hätte später nie mehr sagen können, wie sie nach Rogaczewo zurückgekommen war. Dies unermittelte Wiedersehen, dies ganze seltsame Erleben der letzten Minuten hatte sie wie ein Feuer gepackt. Schritt um Schritt tat sie und achtete nicht Weg noch Steg. Bis ins Innerste hatte es sie ausgerüttelt, daß eben derselbe Mensch — den sie damals in der Nacht kennen gelernt und an dessen Gedächtnis ihre scheue Sehnsucht sich all' die Zeit geklammert — daß eben derselbe Mensch der junge Freiherr von Schill war.“

„Und sie wußte ja: — es gab keinen Zufall; alles in der Welt, alles im Leben war Schicksal und Bestimmung. Aller Schmerz und alle Freude; alles Hoffen und alles Entsetzen; alle Sehnsucht und alle Bitterkeit. Nun aber fiel sie das Gräbeln an: — Deshalb war es ihr, gerade ihr bestimmt gewesen, diesen Menschen so kennen zu lernen. In Berlin hätte sie doch achlos oft die Möglichkeit dazu gehabt, wenn sie nur den Wunsch geäußert haben würde. Denn im Hause ihres Vaters war der alte Freiherr von Schill häufig aus- und eingegangen. Sie wußte auch, daß er gelegentlich während dieser oder jener Anwesenheit in Berlin seinen Sohn traf. Müheles also hätte sie ihren Wunsch nach einer Bekanntschaft mit dem Hansjürgen von Schill erfüllt sehen können. Sie aber hatte diesen Wunsch nie gehabt — bis der alte Freiherr gestorben war und wie der Vater ihr davon erzählte, welche bitteren Kampf dem jungen Erben die Zukunft bringen würde. Da hatte sich in ihr rein menschliches Mitleid geregt, hatte sie dazu getrieben, mit dem Vater hierher zu fahren.“

(Fortsetzung folgt.)

Produkten nachlassen, und eine sehr große Arbeitslosigkeit wird die Folge sein. Dann werden Hunderttausende auf Kosten der Allgemeinheit leben wollen. Die Welt wird weiter verarmen. Wie klein ist die Zahl der Wohlhabenden im Vergleich zu der Zahl derer, die nichts besitzen, als das, was zum notwendigen Haushalten notwendig ist. Für den arbeitenden Stand ist keinesfalls das goldene Zeitalter der kürzeren Arbeitszeit angebrochen. Denn kürzere Arbeitszeit bringt Einschränkung und Minderung der Produktion. Vor dem Kriege wäre es vielleicht möglich gewesen, die Arbeitszeit zu verkürzen, aber der Krieg hat uns um ein vierzehnhundert zurückgeworfen. Natürlich ist es möglich, in einzelnen Betrieben den Achtstundentag einzuführen, ohne daß die Produktion leidet, aber in den meisten Betrieben bedeutet der Achtstundentag eine Produktionsverminderung. Was wird nun geschehen? Wird die Erzeugung wieder auf das richtige Maß gebracht werden können? Wenn die Nachhaber des Verbandes nicht bald einsehen, daß die ganze Welt zu ihrer Wiederherstellung wieder zusammenarbeiten muß, dann bleibt, glaube ich, nur noch ein Schritt zum Volkswirtschafts- und zu hoffnungslosen sozialen Zuständen. Wenn die goldenen Träume, die von einem Teil der Arbeiter träumt werden, sich nicht erfüllen, dann wird das, was wir im Krieg erlebt haben, nur ein Kinderpiel sein gegen das, was kommt, und dann kommt noch weitere Kapitalverminderung, noch weitere Produktionsverminderung. Und wenn die Maschinen dann ausgeht, dann werden starke Hände die Herrschaft aufnehmen, um die Völker der Erde wieder in die Höhe zu bringen. In den Millionen junger Männer, die auf den Schlachtfeldern und in den Meeren den Tod gefunden haben, werden in den Tagen solcher sozialen Streiks neue Millionen hinzukommen. Vielleicht wird in einer solchen Periode sozialer Streiks die westliche Kultur untergehen. Wir müssen, so lange es noch möglich ist, zu verhindern suchen, daß ein solches Unglück über die Menschheit kommt. Was müssen wir tun? Zunächst darf nicht verabsäumt werden, die große Masse von den unvermeidlichen ökonomischen Folgen des Krieges zu überzeugen und dahin zu bringen, sich mit dem Unvermeidlichen abzufinden. Weiter müssen sich alle mit dem begnügen, was unentbehrlich ist. Wieviel Luxus gibt es noch heute! Welch unglückliche Rolle spielt die Modesucht! Auch in das Leben der arbeitenden Klasse ist sehr viel eingebrungen, was sehr gut entbehrt werden kann. Vor allem muß man aber verlangen, daß ein Beispiel in der Einschränkung von den oberen Klassen gegeben wird. Man muß auch ändern die Einschränkungen erleichtern, und jeder einzelne muß da mitarbeiten. Die Ansicht, daß die Einschränkung des Verbrauchers zur Arbeitslosigkeit führe, ist falsch. Neben den materiellen Schäden, gibt es noch andere, um die Welt vorwärts zu bringen. Der Arbeiter will nicht immer mehr lebende Maschinen spielen. Dem Arbeiter muß man entgegenkommen, wenn er vorher noch sehr viele Enttäuschungen in Kauf genommen werden müssen. Bei der Durchführung des Mittelbestimmungsrechts der Arbeiter wird es anfangs sehr viel Mühe kosten, Schäden fernzuhalten, aber der sittliche Gewinn wird nicht gering sein.

Der Vortragende meint, daß für Holland dieselben Mahnungen und Lehren gelten, und daß er dort dasselbe predige. Für Deutschland im besonderen sage er am Schluß: „Deutschland ist jetzt im Elend, es braucht aber nicht zu verzweifeln. Heute liegt die Rettung Deutschlands in der Rückkehr zu einfacher Lebensweise, wie sie vor dem Kriege, besonders in Preußen, vielfach zu finden war. Wenn man sich in das Unvermeidliche schickt und sieht, daß stille Arbeit das beste Mittel ist, das Leid der letzten Jahre zu vergessen, dann wird Deutschland wieder groß werden zum Heil der Menschheit. In Holland wird man sich darüber freuen, um so mehr, als es für die Solidarität der Nationen zählt. Holland hat angefangen, Deutschland die Hände zu reichen, und es wird es noch mehr tun, wenn es sieht, daß hier der Geist der Einfachheit herrscht. Dann kommt auch Hilfe von den Seiten. Schon regt sich in Europa ein neuer, gerechter Geist. Die Menschheit erwartet, daß jedermann seine Pflicht tut, das deutsche Volk wird da nicht zurückbleiben.“

Ein Ruf nach dem Staatsbankrott.

Man schreibt uns: Es ist wohl mehr als ein Zufall, daß Angehörige der Bank- und Finanzwelt jetzt immer mehr in der Presse hervortreten, nachdem sie sich bis vor kurzem der Öffentlichkeit gegenüber in Schwelgen hüllten. Und es ist bezeichnend, daß die Wortführer dieser Kreise auf der Seite der Schwärzer stehen. Kürzlich erregte ein Aufsatz des Vorstehenden des Groß-Berliner Bürgerrechts Ausschusses, der uns prophezeit: „entweder ihr ändert die Verhältnisse, oder wir müssen sterben. Ihm folgte ein rheinischer Großbankier, der unsere Lage aus unserer niedergegangenen Moralität herleitete, aus der Korruption, der das Reich verfallen sei. Ein wiesbadener demokratischer Führer und Finanzpolitiker, Herr Adolf Metzler in Neubrandenburg, geht einen Schritt weiter, indem er in der Landessitzung nichts mehr und nichts weniger als das Eingeständnis des Staatsbankrotts fordert. U. a. schreibt er: „Man schreiet den Staatsbankrott offiziell einzugestehen den wir längst haben, man traut sich vor den entsetzlichen Folgen und — druckt immer neue Banknoten, vermehrt die vielen Milliarden Noten um neue Milliarden. Und die Ausgabe immer neuer Banknoten bedeutet — diese sind gegenwärtig nichts anderes als eine Geldfälschung bei nur 1-1/2% Rechnung in Gold — ein Verrat an der Bevölkerung. — Der unendliche Circulus vitiosus bei uns heißt: Leuerung, Streik, neue Banknoten, Entwertung der Mark, Leuerung, Streik, neue Banknoten, Entwertung der Mark und so fort.“ Erwig kann dieser Kreislauf nun nicht andauern, denn schließlich hat das Karussellfahren ein Ende, wenn die Mark auf dem Nullpunkte ihres Wertes angelangt ist. Von diesem Punkte sind wir nicht mehr weit entfernt und alle die Kriegsgewinnler und Banknoten-Damsterer, die ihr Geld nicht bettelten ins Ausland gebracht haben, und ihr Vermögen in Land und Meer anleihen, leben sich Bergen von Papiergeld gegenüber, das gänzlich wertlos sein werden.“

Auf dem Wege über eine Kritik an Erzberger, dessen Finanz- und Steuerpläne getadelt werden, weil sie dilettantisch und selbsttäuschend seien, kommt Metzler zu dem Ergebnis, daß alle diese Finanzpläne zu spät kämen und daß die Entente uns in unserer Not nicht helfen werde, denn sie würde uns erst völlig heruntergewirtschaftet haben. Er schlägt:

„Dann erscheint die Entente auf dem Plan, um die im Versailles Friedensvertrag noch nicht festgelegte Entschädigungssumme einzukassieren, eine Entschädigungssumme, deren

Höhe selbst den Stärksten ungewiss ist.“ Und da die Entente durch Herrn Erzbergers Vermittlung schwerlich zu ihrem Gelde kommen dürfte, so wird sie in persona das Amt des Reichsfinanzministers übernehmen. Berlin, Hamburg, Bremen und alle bedeutenden Industriestädte werden vom Feinde besetzt werden, alle größeren und wichtigeren Städte erhalten eine Kommission von Aufsichtsbekanntem — mit anderen Worten, wir werden die Sklaven der Entente — wir werden nur noch für die arbeiten müssen, und vielleicht wird sie auch die Steuererhebung mit drakonischen Strafen selbst betreiben. Mühselig fällt ihr dann das ganze früher so reiche Deutschland mit seinen tausenden von Fabrikschlotten, den Eisenbahnen und Dampfschiffen zur eigenen Verwaltung in den Schoß. Es gibt nur ein Mittel, um vielleicht diesen trüben Ausblick zu bannen und Deutschland langsam wieder gesund zu lassen — ein fürchterliches Mittel — und das ist das sofortige Eingeständnis des Staatsbankrotts und die Verkrümmung der Notenscheine. Nur auf diese Weise kann Deutschland vielleicht finanziell gesund werden, aber die unmittelbare Folge dieser Maßnahme wäre ein grauenhaftes Elend, besonders in den großen Städten. Um zur Verbindung zu gelangen, muß Deutschland durch dieses Grauen hindurch, denn besser ein kleinerer Prozentsatz der Bevölkerung verelendet und verhungert, als ein großer Teil des deutschen Volkes.“

Ein trübes Bild. Allein man muß es immer wieder an die Wand malen, damit die zur Befreiung kommen, die auch in diesen Tagen der Not gedankenlos dahinleben; nicht zuletzt die Kriegs- und Revolutionsverdiener, die übermäßig glauben, der furchtbaren Zeit trotzen zu können. Ihnen wird hier von demokratischer Seite die Wahrheit gesagt, von einer Seite, die auch der Gegenwart lichte Aussblicke abzugewinnen sucht.

Welt- und Volkswirtschaft.

* **Mindestpreise für Lebensmittel.** Wie wir hören, wird der Reichsernährungsminister für das kommende Wirtschaftsjahr grundsätzlich das System der Mindestpreise einführen. Diese sollen für alle Lebensmittel erhoben werden, die zurzeit noch der Zwangswirtschaft unterliegen. Die Frage, ob eine Kartoffelzwangswirtschaft angebracht ist oder nicht, steht noch dahin.

* **Für 20 Millionen Behelfsmünzen.** Der Reichsrat erklärte sich damit einverstanden, daß für weitere 20 Millionen Mark Behelfsmünzen aus Zinn ausgeprägt werden. Im Ausschuss war darauf hingewiesen worden, daß alle bisher beschlossenen Prägungen dem Mangel an Kleingeld nicht geübert hätten. Die Münzen kämen aus dem Verkehr, weil der Metallwert höher als der Nennwert sei und sie deswegen eingehandelt würden. Gehe es so weiter in unserer wirtschaftlichen Entwicklung, so würden selbst die Einkünfte dieses Schicksal teilen, und man werde schließlich dahin kommen müssen, die kleinen Münzen aus einem Stoff herzustellen, der absolut wertlos sei. Der Vertreter des Finanzministers im Ausschuss versprach, daß über diese Angelegenheit Ermüdungen angestellt werden sollten.

* **Amerikas Sorge um den Wechselkurs.** Nach Meldungen aus Washington erklärte Senator Thomas im Senat, der Tiefstand der ausländischen Währung bedrohe die amerikanische Ausfuhr mit dem Untergang. Thomas kündigte an, daß er nächste Woche einen Antrag betreffend die Schaffung eines Ausschusses, um den Wechselkurs ins Gleichgewicht zu bringen, unterbreiten werde.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 10. Februar.

* Die D-Züge 179 und 180 Frankfurt-Coff-Wein und umgekehrt verkehren erst vom 16. ds. Ms. ab.

* **(Sparen und arbeiten.)** Das ist das Leitmotiv, das in Zukunft das Leben jedes Deutschen von der Wiege bis zum Grabe durchdringen wird, nicht nur für die Lebende, sondern auch für die kommende Generation. Das sind die Gedanken, die allein zu denken wir in einem harten Leben nicht müde werden dürfen, wollen wir unsere Väter einst wieder zu seinem alten Platz an der Sonne verhelfen. Unsere eigene Kraft, unsere körperliche und seelische Frische auf das höchstmögliche Maß zu steigern, muß heute unsere erste Pflicht sein. Kommen:en Zeiten wird einst nichts kostbarer erscheinen, als die Erhaltung und Zucht einer gesunden Generation. Hier sind die Wurzeln, aus denen allein sich die Wiedergeburt unseres Volkes entwickeln kann; nur auf der Grundlage von Kraft und Gesundheit kann sich einmal auch eine seelische Erneuerung aufbauen. Uns selbst — vor allem aber unsere Kinder — zielbewußt, trotz Krieges- und Blockadefolgen, zu kräftigen Menschen zu erziehen, das ist unsere erste Aufgabe für das neue Deutschland. Härter als ihn je Geschlechter vor uns erlebten, wird der Kampf ums Dasein werden. Nicht nur Waffen hierfür müssen wir durch Erziehung zur Kraft unsern Jungen und Mädchen mitgeben — wir müssen sie auch kämpfen lehren, und das ist das zweite Moment, das gebieterisch von uns fordert, unsere Kinder an die Lebensübung und den Wettkampf zu gewöhnen. In jedem gesunden Jungen steckt ein Kämpfer; Freude an Kampf und Sieg, müssen wir pflegen und fördern, wo wir nur können, wollen wir Männer und keine Weibchen aus ihnen machen. „Mensch sein, heißt Kämpfen sein!“ Nichts hilft uns hierbei mehr als Turnen und Sport. Im Kampf gegen die sittliche Faulnis unserer Jugend werden wir gezwungen, die Augen offen zu halten und zu machen. Auch hier werden Turnen und Sport unsere besten Helfer sein. Wenn etwas, so können sie die Jugend im frühesten Alter vom Langbiden weghalten und vor dem Schmutz und Schlamm der Straße bewahren. Das körperlich kranke Kind wird am leichtesten auch zum sittlich kranken. Nie im Laufe der Zeit ist ein in fünf Jahren Krieg und Hungersnot niedergedrücktes Volk vor eine schwerere — nie aber auch vor eine schönere, vor eine heiligere Aufgabe gestellt worden. An Euch, Eltern, ist es, und an Euch, Kameraden, die Ihr schon Sport treibt, sie zu lösen. Lehrt Eure Kinder und Eure Kameraden ihren Körper pflegen und fühlen in Spiel und Sport, und es wird uns ein starkes Geschlecht erblühen, das unser Vaterland aus tiefer Not und Schmach wieder zum Lichte und zur Kraft führt.

* **(Nassau gegen die „Amtsverbände“.)** Der Entwurf der neuen preussischen Verwaltungsreform, der demnach die Landesversammlung zucht, hat in Nassau des ehemaligen Herzogtums Nassau lebhaften Widerspruch gefunden. Durch die neue Verwaltungsreform sollen auch in Nassau mehrere Gemeinden zu einer Landbürgermeisterei wie in Rheinland bezogen, zu einem Amtsverband wie in Westfalen zusammengefaßt werden. Bisher war jede nassauische Gemeinde, mochte sie noch so klein sein, selbständig. Sie wählte ihre Bürgermeister, der direkt dem Landrat unterstand. Diese Regelung besteht schon

Seit Jahrzehnte hindurch und hat sich nach Auffassung der Bevölkerung durchaus bewährt, wenn auch einzelne kleine Gemeinden mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. Gegen den neuen Entwurf und damit gegen die Aufhebung der Selbständigkeit der Gemeinden und gegen die Schaffung von Landbürgermeistereien protestierten bereits mehrere große Versammlungen. Welchen Umfang diese Gegenbewegung angenommen hat, ersieht man daraus, daß beispielsweise fast sämtliche Gemeinden des Oberwesterwaldkreises — 84 an der Zahl — der preussischen Regierung einen Protest überreicht haben.

Biedenkopf. Die Sommerfrische „Hotel Lannhäuser“ ging durch Kauf in den Besitz des bisherigen leitenden Arztes des Sanatoriums Wiederhold in Wilhelmshöhe, Herrn Dr. Deetjen, über. Das Hotel soll baulich erweitert und zu einem Sanatorium eingerichtet werden.

Marburg. Keinen schlechten Schreck bekam eine hiesige Frau, als sie vom Durchgangslager aus eine Depesche von ihrem seit Jahren schon totgeglaubten Mann erhielt. Die Frau hatte sich auf Grund der Todeserklärung ihres Mannes bereits wieder verheiratet.

Limburg. Samstagabend ist die hiesige Eisenbahnwerkstätte bis auf weiteres geschlossen worden. Der Zeitpunkt der Wiedereröffnung wird demnächst bekannt gegeben. Die Gründe für diese Maßregel werden zweifellos dieselben sein, welche zur Schließung der 13 andern Eisenbahnwerkstätten geführt haben. Die Limburger Werkstätten sind durch eine starke Wache militärisch besetzt und gesichert. Es wurde etwa 3000 Arbeitern gekündigt.

— Im ganzen goldenen Grund wütet die Grippe außerordentlich stark und fordert, namentlich unter den jüngeren Leuten, viele Opfer. In einigen Orten sind die Schulen geschlossen worden.

Diez. Das hiesige Landratsamt macht bekannt, daß in diesem Jahre jegliche öffentliche Veranstaltungen aus Anlaß des Karnevals im Unterlahnkreis zu unterbleiben haben.

Siegen. Die Bilderschwindler sind wieder hier und da besonders rührig. Sie haben es vorzugsweise auf die Familien der Kriegsteilnehmer abgesehen, verkleiden sie unter unwahren Angaben zur Bestellung von Bildvergrößerungen, stecken eine Anzahlung ein und liefern ein Bild, das dem vereinbarten Preis nicht entspricht. Soll die Vergrößerung überhaupt brauchbar sein, dann muß sie erst noch „ausgemalt“ werden, was weitere erhebliche Unkosten verursacht. Man sei also den unbekannteren Bildvergrößerern gegenüber vorsichtig.

Bad Nauheim. Eine Frankfurter Kapitalistengruppe der Ausländer nahesteht, ist an verschiedene hiesige Hotelbesitzer herantreten, um sie zum Verkauf ihrer Liegenschaften zu bewegen. Bisher haben aber alle Bestitzer erklärt, sich von ihrem Besitz nicht trennen zu wollen.

Höchst. Ein geheimnisvoller Todesfall im Stadtbezirk Sindlingen, dem das 20 Monate alte Töchterchen der Familie Schneider das Leben kostete, hat eine unerwartete, traurige Aufklärung gefunden. Man nahm, als man das Kind tot in der Küche fand, an, daß es beim Spielen mit dem Kopfe auf einen harten Gegenstand aufgeschlagen sei und das Gehirn gedroschen habe. Nun hat der Arzt aber festgestellt, daß das Kind erschossen ist, und zwar von seinem 11jährigen Bruder, wie dieser bereits eingestanden hat. Nach seiner Darstellung hat er mit dem geladenen Revolver, den sein Vater aus dem Felde mitgebracht hatte, gespielt, als die Waffe sich entlud. Die Kugel drang dem Kind ins Gehirn und tötete es. Als der Junge nun in seiner Angst die leere Patronenhülse herausnehmen und beseitigen wollte, ging ein zweiter Schuß los, der ihn in die Schulter traf. Nun ließ der Junge, dessen Eltern kurze Zeit abwesend waren, um nach einer Wohnung zu sehen, sein totes Schwesterchen liegen und blieb verschunden, bis man ihn anderntags in dem Nachbarort entdeckte.

Vom Taunus. In Rücksicht auf den Ernst der Zeit und den Mangel an Heiz- und Beleuchtungsstoffen hat der Herr Bürgermeister Dr. Höh zu Bad Soden eine zeitgemäße und nachahmungswürdige Bekanntmachung erlassen. Nach derselben wird vorläufig im Monat höchstens eine Tanzvergnügung erteilt. — Der Gemeinderat zu Margheim hat aus demselben vorstehenden Grunde, dem noch die Teuerung und Arbeitslosigkeit angefügt wird, beschlossen, bis auf weiteres die Abhaltung von Tanzveranstaltungen gänzlich zu verbieten.

Kassel. Die Stärke der Garnison wird ab 1. April 1920 nur mehr 1400 Köpfe betragen gegen etwa 4000 Mann vor dem Kriege.

Breslau. Die Eisenbahndirektion Breslau teilt mit: Wegen Unwirtschaftlichkeit des Betriebes wurden die Hauptwerkstätten Amt 1a und 1b am Samstagabend geschlossen. Die Wiedereröffnung erfolgt demnächst unter Einschränkung der Arbeiterzahl und unter neuen Betriebsbedingungen.

⊙ **(Ein kurioser Valuta-Gewinn.)** Von der deutsch-schweizerischen Grenze wird folgender Vorfall berichtet, der die ganze Zämerlichkeit unserer Valutaverhältnisse illustriert: Ein badischer Grenzbesitzer war im Jahre 1918 wegen Schmuggels von der schweizerischen Grenzpolizei verhaftet und nachträglich gegen eine Kaution von 5000 Francs wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Für die 5000 Francs zahlte er damals rund 7500 Mark. Die Angelegenheit zog sich in die Länge und endete kürzlich mit der Verurteilung des Angeklagten zu 3000 Francs Buße, wozu etwa 300 Francs Gerichtskosten hinzukamen. Der biedere Schmuggler erhielt demgemäß vor einigen Tagen den Restbetrag seiner Kaution mit 1700 Francs ausbezahlt, für die er auf der Bank über 24000 Mark einwechselte! Reingewinn demnach 16500 Mark, wenige Tage später hätte er noch wesentlich mehr bekommen.

⊙ **(Lachende Erben!)** Wie es den lachenden Erben jetzt geht, zeigt die folgende Geschichte, die, wie die „V. Z.“ schreibt, der Wirklichkeit entnommen ist. In den ersten Tagen dieses Jahres starb ein hervorragender Großindustrieller und hinterließ ein Vermögen von 20 Millionen Mark, das an seine Erben, drei großjährige Kinder, fällt. Da er in den Jahren 1914 bis 1. Juli 1915 davon 5 Millionen zuerworben hatte, so gingen von der Erbschaft vorweg an Erbschaftsteuer für 1910 ab: 4333000 Mark, so daß nur 15667000 Mark verblieben — eine an sich und für sich auch noch schöne Summe. Aber die Schmelze folgte bald in Gestalt des am 31. Dezember 1919 fällig gewordenen Reichsnotopfers, das sich nach § 24 des Tarifs auf 11834550 Mark beläuft und den Nachsch fernherhin belastet. Es bleiben demnach noch 3832450 Mark

als Erbschaft; gemindert zunächst durch die Nachlasssteuer von 154.622 Mark, so daß der reine, auf die drei Erben entfallende Nachlaß 3.677.828 Mark oder für jeden der Erben 1.225.942 Mark beträgt. Hieron aber geht für jeden von ihnen die Erbschaftsteuer mit 231.000 Mark ab, und, da die Erben noch eigenes Vermögen besitzen, nach § 28 des Erbsh.-St.-G. noch weitere 100 Prozent gleich 231.000 Mark, so daß sich der Vermögenszuwachs eines jeden auf 767.156 Mark reduziert. Durch diesen Zuwachs erhöht sich weiterhin schon im ersten Bestjahr die Einkommensteuer nach dem bereits zur Beratung stehenden R.-Eink.-Steuergesetz § 20 um ungefähr 50 Prozent des Einkommens hieron, was der Abrechnung halber auf ungefähr 17.156 Mark angelegt werden soll, so daß jedem Erben zunächst etwa 750.000 Mark als Erbteil verbleiben werden. Hieron dürften alsbald die noch bevorstehende Rechtsvermogenssteuer, ferner entweder die Sparsteuer (3-10 Prozent), oder die Anpaßsteuer (3-10 Prozent) abfallen, sodas auch dieser Nettobetrag noch eine entsprechende Verringerung erfahren wird. — Zu diesen drei Erben scheint sich also noch ein anderer zugesellen, der wohl noch mehr als sie laden dürfte.

□ Auslandsbrief 50 Pfg., Weltpostkarte 30 Pfg. Die Postgebühr für einen Brief soll von der Weltpostversammlung in Genf Anfang März von 25 auf 40 Rappen erhöht werden, die für Postkarten von 10 auf 20 Rappen. Sodas der deutschen Postverwaltung wird es dann sein, die Gebühren in die Markwährung umzusetzen. Länder mit einer notleidenden Valuta sind berechtigt, auch ohne Änderung der Weltpostkarte ihre Gebühr für Auslandsbefragungen zu erhöhen. Die deutsche Post hat hieron schon Gebrauch gemacht, indem sie die Gebühr für Weltpostkarten auf 15 Pfg., die für die Briefe auf 30 Pfg. erhöht. Die Gebühr für Auslandsbriefe wird nach diesem Verhältnis und der künftigen Erhöhung der Weltpostkarte 50 Pfg. betragen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß der Satz noch höher wird. Nach dem jetzigen Verhältnis würde sich eine Weltpostkarte künftig auf 60 Pfg. stellen, so viel, wie jetzt der Auslandsbrief kostet.

□ Schutz der Schwelerntracht. Schon vor dem Kriege wurde die Forderung erhoben, die Schwelerntracht gesetzlich zu schützen, da sich unter dem Kleide der barmherzigen Schwelern oftmals unsaubere Elemente verborgen. Während des Krieges haben dann zahlreiche sogenannte Schwelern, die sich in der Gruppe herumtrieben, die eigentliche Schwelerntracht vielfach in falsches Licht gestellt. Und was sich heute in Schwelernphantasiekleidern vielfach in der Öffentlichkeit zeigt, ist nicht dazu angetan, das Urteil der Bevölkerung über die Schwelern und ihre aufopferungsvolle Arbeit richtigzustellen. Die Masse ist zu leicht geneigt, nach den schlechten Elementen, die in irgendeinem Schwelernkleide ihr Unwesen treiben, sich ein Urteil über die barmherzigen Schwelern überhaupt zu bilden. Es wird daher von vielen Seiten angeregt, daß Regierung und Parlamente sich einmal mit der Frage beschäftigen, wie die Schwelerntracht und der Schwelernmittel gesetzlich geschützt werden könnten.

□ Das Recht auf den Sitzplatz. Bei der unvollständigen Befriedigung der Eisenbahnpassagiere sind Sitzplätze natürlich sehr begehrt. Die Schaffner pflegen daher jetzt mehr Sitzplätze anzuweisen, als vorchriftsmäßig zur Verfügung stehen. Bei einigem guten Willen wird ja selbst das Unmäßige möglich gemacht. So können in der ersten Wagenklasse sehr gut mehr als die vorgesehenen vier Reisenden in einem Abteil untergebracht werden. In der zweiten Wagenklasse können leicht acht Fahrgäste (nach dem „Reglement“ dürfen es nur sechs sein) sitzen usw. Nun stoßen aber die Schaffner bei der Unterbringung von überzähligen Reisenden häufig oder fast immer auf den entscheidenden Widerspruch derer, welche so glücklich sind, einen bequemen Sitzplatz erobert zu haben. Die Sitzenden berufen sich auf die an den Wagenüren angebrachten Angaben über die Zahl der vorhandenen Sitzplätze und wollen und weichen nicht. Bisher war es dem Schaffner nicht möglich, sie mit sanfter Gewalt aus ihrem „Besitz“ zu verdrängen. Fortan wird er jedoch die amtliche Befugnis dazu haben, denn der Minister der öffentlichen Arbeiten (Eisenbahnminister) hat, um allen derartigen Meinungsverschiedenheiten vorzubeugen, die Schaffner ausdrücklich ermächtigt, bei Überfüllung der Bänke auf den Sitzplätzen mehr Reisende unterzubringen als sonst üblich ist. Wer sitzt, muß dem, der nach ihm kommt und auch sitzen will, Platz machen, „so weit es geht“. Dieses „so weit es geht“, wird, so fürchten wir, der bewußte „Hafen“ werden, denn es dürfte über das „Wie weit geht es?“ zwischen Schaffnern und sitzenden Fahrgästen mehr als einmal zu schwierigen Auseinandersetzungen kommen.

□ Verzicht auf ausländische Würden. Der derzeitige Rektor der Berliner Universität, Dr. Eduard Meyer, Professor der Geschichte, hat an dem Tage, an dem die Auslieferungsforderung der Entente amtlich an uns gestellt worden ist, den Universitäten Oxford, Liverpool, St. Andrews, der Universität von Chicago und der Harvarduniversität, die ihn einst zum Ehrendoktor ernannt hatten, die Doktor diplome gerichtlich zurückgefordert.

Das zurückgelebene Schachwunderkind. Eine Berliner Ärztin untersuchte nach streng wissenschaftlicher Methode den achtjährigen Wunderknaben Rzeszewski, dessen staunenswerte Leistungen im Schachspiel vor kurzem geradezu Sensation in Berlin hervorrief. Er spielte u. a. 100-Simultanpartien gegen zwanzig und mehr tüchtige Spieler gleichzeitig, gewann dabei die meisten Partien und machte die übrigen unentschieden. Außerdem trat er als gleichwertiger oder überlegener Spieler anerkannten Meistern gegenüber. Die Ärztin stellte fest, daß der Knabe auf allen andern Wissens- und Erkenntnisgebieten durchschnittlich veranlagten Proletariatskindern von gleichem Alter unterlegen war, obwohl seine natürliche Intelligenz nichts zu wünschen übrig ließ. Er konnte die vier Farben Rot, Blau, Grün, Weiß nicht unterscheiden, nicht schreiben und lesen, geriet bei angemessenen leichten Rechenaufgaben ins Stolpern, kurz zeigte das Bild eines vollständig zurückgelebenden Intellekts. Wieder ein Beweis für Schädlichkeit einer künstlichen Ausbildung auf einem einzigen Gebiet im jugendlichen Alter, die auf Kosten der sonstigen geistigen und körperlichen Gesundheit geschieht.

Aus dem Gerichtssaal

§ Die unglückliche Wohnungsbeschlagnahme. Eine wichtige Entscheidung hat das Stettiner Landgericht gefällt, indem es die Wohnungsbeschlagnahmeordnung des Magistrats für unrichtig erklärte und die Befugnis der Stadtgemeinde Stettin, durch die dem Antragsteller ein Zwangsmieter zugewiesen war, aufhob. Weiter ist der Stadt Stettin bei Verurteilung einer Geldstrafe von 1500 Mark für jeden Fall der Zuwiderhandlung untersagt worden, über die Mietwohnungen

im Hause des betreffenden Mieters eine Verfügung zu treffen, durch die das Recht des Antragstellers, diese Wohnungen selbst zu vermieten, beeinträchtigt wird. Der Magistrat hat die Verfügung eingelegt.

§ Schwere Strafen im Zuchthausgefängnis. Wegen der am 18. Januar in der Straße verübten Übergriffe wurden vom außerordentlichen Richtergericht zwei 27-jährige in Zuchthaus- oder schwerer Gefängnisstrafen verurteilt. So erhielt der Veramann Bludau als Räubersführer sechs Jahre Zuchthaus neben den übrigen Nebenstrafen. Von den Damborner Wandereisen wurden zwei zu je fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, 25 andere zu hohen Gefängnisstrafen. Sämtliche Strafen werden sofort vollstreckt.

Letzte Nachrichten.

Die Oppositionstimmen der englischen Presse.

Basel, 10. Febr. „Daily Chronicle“ führt in Besprechung der von Deutschland ausliefernden Personen u. a. aus: Es ist uns nicht bekannt, ob die nichtoffizielle Liste, die in Berlin so großes Aufsehen hervorgerufen hat, authentisch ist; aber wir können dagegen in völliger Kenntnis der Tatsachen versichern, daß die britische Regierung einer solchen Liste nie zugestimmt hat. Es ist vollkommen überflüssig, unseren Lesern auseinanderzusetzen, aus welchen schmerzlichen Gründen Namen wie diejenigen des Generalfeldmarschalls von Hindenburg, Ludendorfs, Bethmann-Hollwegs und anderer niemals auf der Liste hätten stehen dürfen. Es leuchtet vollkommen ein, daß man nicht erwarten kann, daß irgendeine Regierung oder Nation 15 Monate nach Einstellung der Feindseligkeiten nicht in die Auslieferung eines Mannes einwilligt, der den Posten eines Hindenburg inne hatte. Haben die Alliierten wirklich eine Liste überreichen lassen, die nur einigermaßen mit der in Deutschland veröffentlichten übereinstimmt, dann sollte diese einer gründlichen Revision unterzogen werden, ehe weitere Schritte geschehen. — „Daily Express“ äußert sich in noch schärferer Weise.

Die englische Regierung und das Auslieferungsbegehren.

Paris, 10. Febr. Dem „Journal“ wird aus London berichtet, der Wortlaut der französischen schwarzen Liste sei Lloyd George nicht bekannt gewesen. In der Umgebung Lloyd Georges werde behauptet, der Ministerpräsident hätte keineswegs seine Ansicht geäußert, daß Deutschland den Versailles Vertrag einzuhalten habe. Der Zweck der Erklärungen des Lord Birkenhead sei gewesen, den Franzosen auseinanderzusetzen, daß die englische Regierung die einzelnen Auslieferungsbegehren noch nicht diskutiert habe und daß man nicht annehmen könne, daß von vornherein alle Mittel des britischen Reiches in die Wagschale geworfen würden, um gewissen Auslieferungsbegehren Nachdruck zu verschaffen, deren genaue Beschaffenheit der englischen Regierung nicht bekannt war.

Uebersichten auf den Ruhrkohlenzechen.

Essen, 10. Febr. Auf den Thopffenschen Zechen des Hamborner Bezirks werden seit kurzen in großem Umfange Uebersichten gefahren, die am letzten Samstag zu einer Steigerung der durchschnittlichen Förderung von 30 Prozent führten. Die Bereitwilligkeit zur Leistung von Uebersichten, für die außer 25% Proz. Lohnzuschlag zwei Pfund Schmalz zu einem billigen Preise geliefert werden, nimmt jetzt auch unter den Belegkassen anderer Zechen des Ruhrbezirks ständig zu.

Der neue Spitzbergenvertrag.

Bern, 10. Febr. Aus Paris wird gemeldet, daß Montag nachmittag im Alysienaal ein Vertrag zwischen Amerika, England, Dänemark, Frankreich, Italien, Japan, Norwegen, den Niederlanden und Schweden wegen der Rechte Norwegens auf Spitzbergen unterzeichnet wurde.

Kursnotierungen vom 9. Februar 1920.

Mitgeteilt von Bank für Handel und Industrie (Zweigstelle Herborn.)

Devisen-Kurse: Holland Geld 3956, Brief 3961 — Dänemark Geld 1523½, Brief 1526½ — Schweden — — — Norwegen Geld 1743½, Brief 1751½ — Schweiz Geld 1717½, Brief 1720½ — Wien (altes) Geld 37,95, Brief 38,05 — Dtsch. Oester. (Wbg.) Geld 27,20, Brief 27,30 — Budapest Geld 35,95, Brief 36,05 — Prag Geld 89,90, Brief 90,10 — Spanien Geld 1743½, Brief 1749½.

Diverse Notierungen: 5% Dtsch. Kriegsanleihe 77½ — Darmstädter Bank Akt. 137 — Buderus 375 — Adler Kleiner 450 — Chem. Fabr. Griesheim 350 — Dtsch. Lugh. Bergw. Akt. 348½ — Selsenkirchen 392 — N.-Amerik. Pakett. Akt. 153 — Völsing 425 — Schyrdert-Werke 234½. Tendenz: Die heutige Börse verkehrte in zum Teil recht lebhafter Haltung mit vorherrschender Aufwärtsbewegung. Besonders gesucht waren Petroleumwerte (Deutsche Petrol. u. G. waren mit circa 432% genannt), doch zeigte sich auch größeres Interesse für Montanwerte, wo vor allem Deutsch-Lugh. beträchtlich anziehen konnten. Schiffahrtsaktien waren schwächer. Stärker gesucht waren Auslands- und Valutamere; Kanada steigerte sich bei stürmischem Geschäft bis auf 195%, mußte jedoch auf 180% nachgeben. Am Industrie-Einkaufsmarkt ging es heute etwas stiller zu; auch trat mehr Verkaufsangebot hervor.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Otto Beck.

Anzeigen.

Eichenstammholz-Verkauf.

Samstag, den 14. Februar, morgens 10 Uhr anfangend, kommt in Dietrich 4 folgendes Holz zum Ausverkauf:

154 Eichenstämme mit 64,02 Fstn., darunter Schneid-Wagner- und Bauhölzer.

Nedendach, den 9. Februar 1920. 426 Diehl, Bürgermeister.

Tücht. gewandte Verkäuferin

und tüchtige Kontoristin

per sofort gesucht. 430

Ausstattungshans Poitz Lehr.

Einwohnerwehr.

Am Donnerstag, den 12. Februar, abends 8¼ Uhr, werden im Saale des „Rassauer Hof“ in

öffentlicher Versammlung

Herr Arend Denart und Herr Holze aus Berlin
Vertreter der Reichszentrale für Einwohnerwehren
über die
Einwohnerwehren

Es wird zu zahlreichem Besuche eingeladen. 342

Der Bürgermeister:
J. B.: Schramm.

„Rassauer Hof“, Herborn.

Sonntag, den 15. Febr. 1920, um 8½ Uhr abends

Vortrag

des Herrn Dr. Höher vom Bunde der Bodenreformer

„Die Bodenreform und die neue Zeit“.

Nach dem Vortrage freie Aussprache. — Eintrittspreis

75 Pfg. für Jedermann.

Der Reinertrag fließt den Kriegsbeschädigten zu.

424 Deutschnationale Volkspartei.

Kaufe

Maulwurf-Felle

zu den höchsten Tagespreisen. 427

Fellhandlung Salomon,

Hauptstraße 23.

Erste Frankfurter Kohlenrohhandlung (ucht reek) Verbindung für laufenden Bezug von

Roh-Braunkohlen

mit evtl. Beteiligung an geeignetem Unternehmen.

Offerten unter F. D. S. 471 an Rudolf Mosse, Frankfurt a. M. 43

Tücht. Fräulein,

nicht unter 20 Jahren, welche stenographieren und Maschinenschreiben kann, gegen gutes Gehalt zum 1. März für mein Büro in Herborn gesucht. 43

Angebote mit Zeugnisabschriften erbeten an

Eisenwarenfabrik E. W. Langenbach, Roth

Ordentliches

Mädchen

u. Waschfrau

gesucht. 411

Frau Dr. Erk,

Herborn (Anstalt).

Tücht. Mädchen

für besseren Haushalt nach

Frankfurt gesucht. 417

Näheres zu erfragen

Schwerstraße 8.

Gebrauchtes, gut Erhalt.

Klavier

gegen sofortige Kasse zu

kaufen gesucht. 416

Schriftliche Angebote be-

fördert unter Nr. 416 die

Geschäftsst. ds. Bl.

Wieder vorrätig:

Trierer

Kanaster-Strang,

Roll- und

Zigaretten-Tabak.

E. Emmeler, Herborn,

425] Hauptstraße 1.

Eine große schwere, träd-

lige, zugfest gefabrene

Simmentaler

Ruh

steht zu verkaufen in

Beilstein,

Hausnummer 90.

Kaufen laufend

gebr. Kisten,

Buchen- und sonst.

Holz, Roßhaare.

Mitteldeutsche Büchsen-

Holzwarenfabrik Herborn,

Telef. 37, Bürgerlandstr.

Stockholz

kauft jedes Quantum

erbittet Angebote:

Eduard Funck, Herborn,

365 Kaiserstraße 2.

Kaninen!

von 5 Pfd. aufwärts

Pfd. 4,00 Mk. lebend

wicht kauft jedes Quantum

ebenso Schlachthühner

und Hahnen zu höchsten

Preisen. — Aufkäufer

Georg Müsse, Sie